

**PRESSE-
KONFERENZ**
22.10.2024

ARBEITSLOSIGKEIT: WENN DIE FIRMA PLEITEGEHT

AK präsentiert Fakten und Erfahrungen aus der Insolvenzberatung und neue Studien zur Lebenssituation Arbeitsloser

KARIN RISTIC

Leiterin der Abteilung Insolvenzschutz, AK Wien

SILVIA HOFBAUER

Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration, AK Wien



Insolvenzen und Arbeitslosigkeit

Österreich wird heuer einen traurigen Höchststand an Firmeninsolvenzen verzeichnen. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass über „Rekordpleiten“ und Konkurse namhafter Betriebe berichtet werden muss. Parallel dazu erleben wir einen massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Hier ist der Staat gefordert, mit aktiver Arbeitsmarktpolitik im Sinne von Vollbeschäftigung gegenzusteuern. Leider rückt der öffentliche Diskurs die individuelle Verantwortung der Arbeitssuchenden in den Mittelpunkt – und die Forderung nach immer weiteren Verschärfungen und Sanktionen.

Aus Sicht der AK Wien können wirtschaftliche Faktoren wie Insolvenzen und Arbeitslosigkeit nicht getrennt voneinander betrachtet werden. Hinter jeder Firmenpleite stehen die Schicksale von Menschen, die ihre Jobs verlieren. Und wer Arbeitslosengeld bezieht, muss mit oft weniger als der Hälfte des letzten Nettoeinkommens weiterhin zur Gänze seine Kosten stemmen. Das bringt viele Arbeitssuchende in wirtschaftliche Bedrängnis. Zwei Studien im Auftrag der AK Wien zeigen, wie prekär die Situation für Betroffene werden kann.

Silvia Hofbauer, Leiterin der Abteilung Arbeitsmarkt und Integration: „Arbeitslosigkeit ist kein Randphänomen bestimmter Gruppen, sondern voll in der Mitte der Gesellschaft angekommen. Den Job zu verlieren, ist für Betroffene ein harter Schlag, und niemand ist gerne arbeitslos. Wir wollten uns die Lebenssituation Arbeitssuchender genauer anschauen und haben zwei Studien in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse sind eindeutig: Arbeitssuchende brauchen mehr Unterstützung und nicht mehr Druck. Neben der massiven Zunahme an Insolvenzen, steigt auch die Arbeitslosigkeit. Junge Menschen können nur noch schwer am Arbeitsmarkt Fuß fassen und für Ältere ist es in vielen Fällen nicht möglich, ihren Job bis zur Pension zu behalten. Die Unternehmen ziehen sich immer stärker aus der Weiterbildung zurück. Menschen, die in niedrig qualifizierten Jobs arbeiten, bekommen von ihren Arbeitgebern kaum die Möglichkeit sich weiter zu qualifizieren. Eine grundsätzliche berufliche Neuorientierung wird überhaupt nicht finanziert. Die Chancen jener, die schon länger arbeitslos sind, werden aufgrund der derzeitigen Wirtschaftslage immer prekärer. Nur eine moderne und sachliche Arbeitsmarktpolitik kann sicherstellen, dass Betroffene nicht in Armut gestoßen werden, sondern wieder am Erwerbsleben teilnehmen können.“

Karin Ristic, Leiterin der Abteilung Insolvenzschutz: „Insolvenzen bzw. Scheitern sind Teil der unternehmerischen Realität. Aber in den letzten Jahren verzeichnen wir in der Insolvenzberatung einen besorgniserregenden Trend: Insolvenzen werden immer häufiger als Geschäftsmodell missbraucht, um das unternehmerische Risiko auf die Allgemeinheit abzuwälzen. Manche Unternehmen drücken sich um Sozialversicherungsbeiträge, bürden ihre Lohnkosten über Insolvenzen der Allgemeinheit auf oder machen es durch komplexe Firmenkonstruktionen und Subunternehmerketten sehr schwierig, die Ansprüche der Arbeitnehmer:innen zu erfassen und durchzusetzen. Die Abwicklung der Verfahren wird immer komplizierter, da die insolventen Arbeitgeber oftmals nur eine fehler- bzw. lückenhafte oder gar keine vernünftige Lohnverrechnung haben. Häufig müssen wir im Zuge eines Insolvenzfalls auch feststellen, dass die betroffenen Arbeitnehmer:innen bei der Sozialversicherung falsch angemeldet waren. Damit werden Arbeitnehmer:innen um ihre Ansprüche geprellt - und die Berechnung dieser Ansprüche wird enorm erschwert. Für viele Betroffene kommt die Nachricht über die Insolvenz ihres Arbeitgebers sehr überraschend. Der Informationsfluss in großen Betrieben mit Betriebsrat funktioniert besser, da hier auch die entsprechenden Strukturen vorhanden sind, um Insolvenzen professionell abwickeln zu können.“

Der Insolvenzschutz der AK

Wenn ein Betrieb insolvent wird, übernimmt die Arbeiterkammer für betroffene Arbeitnehmer:innen die Beratung und bietet rechtliche Vertretung durch den Insolvenzschutzverband für Arbeitnehmer:innen (ISA), einem gemeinsamen Verein von Arbeiterkammern und Gewerkschaften. Der ISA berechnet Forderungen (offene Löhne, Überstunden, Urlaubsgeld usw.) und meldet diese Forderungen im Insolvenzverfahren bei Gericht an. Außerdem stellt der ISA den Antrag auf Insolvenz-Entgelt bei der Insolvenz-Entgelt-Fonds-Service GmbH (IEF-Service GmbH).

Harte Zahlen: Insolvenzen nehmen stark zu

Seit Anfang 2024 wurden in der AK Wien über 2.000 sogenannte Insolvenztatbestände erfasst. Dazu zählen „klassische“ Insolvenzverfahren, Konkursabweisungen (Insolvenzen ohne Verfahren) und andere Arbeitgeberinsolvenzen. In all diesen Fällen werden die Ansprüche der Arbeitnehmer:innen gemäß dem Insolvenzentgeltssicherungsgesetz (IESG) gesichert.

- Der Monatsdurchschnitt 2024 liegt bei 222 Insolvenzfällen: Das ist um ein Viertel mehr als 2023 und ein Drittel mehr als 2019
- Im gesamten Jahr 2023 waren in Wien rund 7.000 Arbeitnehmer:innen von Insolvenzen betroffen. Heuer hat die AK Wien bereits 5.247 Arbeitnehmer:innen dabei unterstützt, Insolvenz-Entgelt zu beantragen – und das Jahr ist noch nicht vorbei. Man kann also davon ausgehen, dass mit Ende 2024 der Wert des Vorjahres deutlich übertroffen wird.
- Im heurigen Jahr hat die Insolvenzberatung der AK Wien (Stand 18.10.) fast **56 Millionen Euro** für die betroffenen Arbeitnehmer:innen geltend gemacht.

Die größten Pleiten 2024 in Wien (bisher)

PEPCO Austria GmbH (627 betroffene Arbeitnehmer:innen);

LONI Bau GmbH (169 Arbeitnehmer:innen)

GEFI-Taxi (95 Arbeitnehmer:innen)

Die größten Pleiten 2024 österreichweit (bisher)

PEPCO Austria GmbH (627 Arbeitnehmer:innen)

Brucha GmbH in Niederösterreich (572 Arbeitnehmer:innen)

König GmbH und CO KG in Vorarlberg (362 Arbeitnehmer:innen)

Windhager in Salzburg (453 Arbeitnehmer:innen)

Esprit (Salzburg) (176 Arbeitnehmer:innen)

Bei länderübergreifenden Insolvenzen erfolgt die Vertretung im Bundesland der Eröffnung, die Beratung allerdings vor Ort. Bei PEPCO etwa fand nur die Beratung der Wiener Filialen in Wien statt. Umgekehrt wurden die Wiener Filialen von Esprit (Salzburg) und Depot (Niederösterreich) in Wien beraten.

Die Arbeit des Insolvenzschutzes umfasst:

- Beratung betroffener Arbeitnehmer:innen über die Auswirkungen der Insolvenz auf das Arbeitsverhältnis, insbesondere was dessen Beendigung betrifft.
- Durchsetzung der offenen Forderungen im gerichtlichen Insolvenzverfahren und im Verfahren der Insolvenzentgeltssicherung.
- Intervention bei Insolvenzverwalter:innen, Arbeitgebern und Behörden
- Bemühen um außergerichtliche Einigungen
- Beratung und Unterstützung bei der Firmenlohnverrechnung
- Einheitliche und standardisierte Forderungsanmeldung
- Mitarbeit in Gläubigerausschüssen

Bedeutung der „Lohnnebenkosten“ zur Finanzierung des Sozialstaates

Der Insolvenz-Entgelt-Fonds (IEF) wurde 1978 eingerichtet, um die finanzielle Notlage der Arbeitnehmer:innen bei Insolvenz ihres Arbeitgebers abzufangen. Der IEF wird überwiegend durch den Insolvenz-Entgeltssicherungsbeitrag finanziert. Das ist ein Zuschlag, den die Arbeitgeber zum Arbeitslosenversicherungsbeitrag leisten (als Teil der sogenannten Lohnnebenkosten). Dieser Beitrag wurde in den letzten 10 Jahren bereits von 0,55 Prozent auf 0,1 Prozent gekürzt. Damit ist ab 2025 und in den kommenden Jahren mit einem Einnahmenverlust für den IEF von knapp 700 Mio. jährlich zu rechnen.

Vor dem Hintergrund der derzeitigen Insolvenzentwicklung sind weitere Kürzungen daher strikt abzulehnen. Ähnliches gilt für den Arbeitgeber-Beitrag zur Arbeitslosenversicherung: Dieser wurde heuer von 3 Prozent auf 2,95 Prozent gesenkt. Das klingt nach sehr wenig, reißt aber jedes Jahr ein Loch von weiteren 80 Millionen Euro in die Arbeitslosenversicherung – Geld, das bei der derzeit massiv steigenden Arbeitslosigkeit dringend benötigt würde. Insgesamt ersparen sich die Arbeitgeber also jetzt schon ca. 780 Millionen Euro/Jahr, die sowohl im IEF also auch in der Arbeitslosenversicherung fehlen.

Die Arbeitslosigkeit steigt und kann jede und jeden treffen!

Neben dem Anstieg bei den Insolvenzen, steigt auch die Arbeitslosigkeit. Meistens werden die Arbeitslosenzahlen mit jenen des Vorjahres zu einem bestimmten Stichtag verglichen. Heuer waren Ende September 352.256 Menschen arbeitslos oder in einer Schulungsmaßnahme des AMS vorgemerkt. Im Vergleich zu 2023 ist das ein Plus von fast 10 Prozent. Wenn man sich aber anschaut, wie viele Personen innerhalb eines Jahres mindestens einen Tag arbeitslos waren, steigt diese Zahl fast auf das dreifache: Im Jahr 2023 waren das bundesweit nämlich fast 900.000 Personen.

Für viele kommt die Arbeitslosigkeit völlig überraschend: Etwa die Hälfte der befragten AK-Mitglieder gab an, dass die Beendigung des letzten Dienstverhältnisses für sie nicht vorhersehbar war. Das Risiko arbeitslos zu werden, hängt von vielen Faktoren, zB der Ausbildung ab: Für Menschen, die über einen Pflichtschulabschluss verfügen, ist es am höchsten. Auch die Chancen für den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt, sowie die finanzielle Situation während der Arbeitslosigkeit stehen im Kontext des bisher ausgeübten Berufs, der Branche und der persönlichen Lebensumstände. Dazu kommt der hohe Druck, der auf Arbeitslose ausgeübt wird - vom Arbeitslosenversicherungssystem bzw. dem AMS, der Politik und der Gesellschaft insgesamt. Arbeitslosigkeit wird als individuelles Problem betrachtet, an dem man selbst schuld ist.

Studien zur Situation Arbeitsloser in Wien

Um die komplexe Situation und die Probleme arbeitsloser Personen in Wien näher zu beleuchten, hat die AK Wien zwei Studien in Auftrag gegeben: „Abgesichert Auskommen oder nicht mehr über die Runde kommen?“ von L&R Sozialforschung und „Auskommen mit dem Einkommen bei Arbeitslosigkeit“ von prospect Unternehmensberatung,

Finanzielle Auswirkungen der Arbeitslosigkeit

Bei der Studie „Auskommen mit dem Einkommen bei Arbeitslosigkeit“ geht es um die finanziellen Einschnitte mit denen Arbeitslosigkeit verbunden ist. Im Durchschnitt geben die Befragten (456 arbeitslose AK-Wien Mitglieder) an, während der Arbeitslosigkeit monatlich um 44 Prozent weniger Geld zur Verfügung zu haben, als sie zuletzt (netto) verdient haben. Die häufigsten Einkommensquellen sind Arbeitslosengeld (56 Prozent) und Notstandshilfe (46 Prozent). Viele Befragte brauchen aber zusätzliche finanzielle Ressourcen, um über die Runden zu kommen:

- 18 Prozent verlassen sich ausschließlich auf eigene Mittel wie Ersparnisse oder Verkäufe
- 27 Prozent kombinieren eigene und fremde Einkommensquellen, wie zB Partnereinkommen oder borgen sich privat Geld aus.
- 28 Prozent können weder auf eigene noch auf fremde finanzielle Ressourcen zurückgreifen

Mehr als die Hälfte der Befragten (54 Prozent) konnten von ihrem Einkommen während der Arbeitslosigkeit nicht leben, für weitere 38 Prozent reichte es gerade noch aus. Selbst ein Drittel der Personen, die während der Erwerbstätigkeit sehr gut von ihrem Einkommen leben konnten, kommen während der Arbeitslosigkeit mit ihrem Einkommen nicht über die Runden. Die Teuerung hat arbeitslose Menschen mit voller Wucht getroffen: Fast 60 Prozent der Befragten gerieten durch die Inflation in eine Notlage.

90 Prozent mussten in Folge der Arbeitslosigkeit ihre Ausgaben drastisch reduzieren: Am häufigsten gespart wurde bei Kleidung und Schuhen (79 Prozent). Mehr als zwei Drittel (68 Prozent) waren gezwungen bei Grundbedürfnissen wie dem Lebensmitteleinkauf zu sparen, 44 Prozent beim Energieverbrauch bzw. Heizen.

Mehr als die Hälfte der Befragten (55 Prozent) ist zumindest einmal in Zahlungsverzug gekommen. Alarmierend ist, dass rund 40 Prozent ihre Miete oder Betriebskosten nicht mehr pünktlich zahlen konnten. Menschen ohne Berufsausbildung, Personen mit Migrationshintergrund und Alleinerziehende sind davon besonders betroffen.

Im Vergleich mit einer ähnlichen Studie aus dem Jahr 2014 zeigt sich, dass die wirtschaftliche Situation arbeitsloser Menschen in allen Bereichen deutlich schlechter geworden ist. Dementsprechend werden die Zukunftsaussichten von den Befragten viel pessimistischer eingeschätzt. Nur noch 14 Prozent glauben, dass sich ihre finanzielle Lage in den nächsten sechs Monaten verbessern wird.

Arbeitslosigkeit macht krank, belastet Familien und Kinder

Die Auswirkungen von Arbeitslosigkeit gehen weit über finanzielle Aspekte hinaus. Eine Mehrheit der Befragten berichtet von negativen Auswirkungen auf andere Lebensbereiche:

- 62 Prozent spüren eine allgemeine Verschlechterung ihrer Lebenssituation
- 45 Prozent sehen ihre beruflichen Chancen beeinträchtigt
- 44 Prozent berichten, dass sich ihr Gesundheitszustand verschlimmert hat und
- 36 Prozent sehen negative Auswirkungen auf ihre Kinder (so haben beispielsweise 11 Prozent der Befragten mit Kindern im Haushalt angegeben, dass ihr Kind aus finanziellen Gründen eine Ausbildung abbrechen musste).

Arbeitslosigkeit hat viele Gesichter

Arbeitslosigkeit hat also viele Gesichter - es gibt keine „typischen“ Arbeitslosen. Wie die Phase der Erwerbslosigkeit erlebt wird, ist so individuell verschieden, wie die Menschen selbst. Ob Betroffene während der Arbeitslosigkeit gerade noch oder gar nicht mehr über die Runden kommen, hängt stark von persönlichen Faktoren wie Betreuungspflichten, gesundheitlichen Einschränkungen, Dauer der Arbeitslosigkeit oder dem Vorhandensein familiärer bzw. externer Unterstützung ab. Besonders belastend ist die Situation für Menschen, die vorher in Branchen mit hohem Arbeitsdruck, schlechten Arbeitsbedingungen, Unterentlohnung oder in Teilzeit gearbeitet haben. Wie bereits erwähnt, kann die finanzielle Lage Arbeitsloser dermaßen schwierig werden, dass sie nicht einmal mehr genug Geld für Lebensmittel oder Miete haben. Ein Betroffener beschreibt das mit den Worten *„Das ist, wie man so schön sagt, zu wenig zum Leben, zu viel zum Sterben“*

Darum fordert die AK

Keine Kürzung der Lohnnebenkosten

Eine weitere Senkung des Arbeitgeber-Beitrags zum Insolvenz-Entgelt-Fonds gefährdet die Absicherung von Unternehmen und Beschäftigten im Konkursfall. Zudem darf es auch zu keiner weiteren Kürzung des Arbeitslosenversicherungsbeitrages kommen.

Haftung des Erstauftraggebers für Löhne

Nicht nur in der Baubranche ist es üblich, Aufträge an Subunternehmen und von diesen teilweise weiter an Sub-Subunternehmen zu vergeben. Dadurch entledigen sich die Erstauftraggeber ihrer Verantwortung und es entstehen Subunternehmerketten, die einen idealen Nährboden für Sozialbetrug, Schwarzarbeit und Lohn-dumping bilden. Die Erstauftraggeberhaftung für Löhne würde diese Praxis weniger attraktiv machen und ihre Hauptprofiteure in die Pflicht nehmen.

Mehr Kontrollen

Um Lohn- und Sozialdumping sowie Schwarzarbeit hintanzuhalten und den Arbeitnehmer:innenschutz sicherzustellen, muss mehr kontrolliert werden. Dafür ist eine massive personelle Aufstockung der zuständigen Behörden (insbesondere Finanzpolizei und Arbeitsinspektorat) notwendig. Darüber hinaus braucht es Maßnahmen im Unternehmens- und Gewerberecht, um „Wander-Geschäftsführern“ vorzubeugen, die ein dubioses Firmenkonstrukt nach dem anderen betreiben.

Arbeitslosenversicherung, die vor Armut schützt:

- Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent
- Deutliche Erhöhung des Familienzuschlages, der seit 2001 nur 97 Cent täglich pro Kind beträgt.
- Die Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung müssen an die Inflation angepasst werden.

Eine faire und moderne Arbeitslosenversicherung

Arbeitslosigkeit kann jede und jeden treffen und darf nicht dazu führen, dass die Erwerbskarriere dauerhaft darunter leidet:

- Keine Verschärfung, sondern Reform der Zumutbarkeitsbestimmungen (v.a. Verbesserungen des Einkommensschutzes)
- Bei Sanktionen nur prozentueller Abschlag, statt Leistung komplett zu streichen
- Vermittlung in gute Jobs, die der Qualifikation entsprechen
- Qualitätskriterien bei überregionaler Vermittlung
- Ausweitung des Einkommens- und Berufsschutzes
- Unternehmen stärker in die Verantwortung nehmen: Das Zwischenparken von Arbeitskräften beim AMS muss gestoppt werden. Unternehmen, die AMS-Förderungen erhalten, müssen offene Stellen melden.

Eine zukunftsorientierte Arbeitsmarktpolitik braucht Qualifizierung

- Qualifizierung muss im AMS die gleiche Priorität haben, wie Vermittlung. Außerdem sollte mehr Rücksicht auf die Bildungsinteressen der Arbeitssuchenden genommen werden.
- Rechtsanspruch auf Weiterbildungen des AMS. Ein besonderer Fokus sollte auf Zukunftsbranchen (Green Jobs, Daseinsvorsorge) liegen.
- Das AK/ÖGB-Modell eines Qualifizierungsgeldes soll ermöglichen, dass Beschäftigte und Arbeitssuchende eine zweite Chance bekommen, sich für einen anderen Berufsweg zu entscheiden.

Mehr Ressourcen und mehr Budget für das AMS

Stopp von Personalabbau und Kürzung des AMS-Budgets. Das AMS braucht ausreichende Mittel, um gute Beratung, Qualifizierung sowie rasche Vermittlung zu garantieren.